

|   |                |                                     |
|---|----------------|-------------------------------------|
| <b>NIEDERSCHRIFT</b><br><br>Stadt Karlsruhe | Gremium:       | 2. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b> |
|   | Termin:        | 23. September 2014, 15:30 Uhr       |
|   |                | öffentlich                          |
|   | Ort:           | Bürgersaal des Rathauses            |
|   | Vorsitzende/r: | Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup |

29

**Punkt 17 der Tagesordnung: Beschaffung eines Immissionsmobils  
Antrag der Stadträte Lüppo Cramer und Dr. Eberhard Fischer (KAL) sowie der  
KAL-Gemeinderatsfraktion vom 7. Juli 2014  
Vorlage 2014/0014**

**Beschluss:**

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Weiterbehandlung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

**Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadtrat Dr. Fischer (KULT):** Die KAL-Fraktion gibt es nicht mehr, aber uns gibt es neu und ich bin noch da.

Ich stelle einmal kurz vor, was unser Antrag ist: Die Stadt möge Kosten ermitteln. Das dröseln wir dann noch ein bisschen auf. In der Antwort der Verwaltung steht: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Daraus schließe ich zwei Dinge. Entweder will die Stadt nicht wissen, was irgendetwas kostet und lehnt es deshalb ab. Oder die Stadt greift mit ihrer Antwort unserem Antrag schon weit voraus, denn es ist bekannt geworden, dass das auf einen Antrag zum Haushalt hinaus läuft, der irgendwann einmal gestellt werden soll. Trotzdem würde ich bitten, zukünftig etwas genauer zu lesen, was beantragt wird, damit die Antwort nicht so falsch da steht.

Wenn jemand Lärm oder Luftverschmutzungsprobleme in seiner Umgebung hat, und Sie dem sagen: Ich habe das berechnet, das kann gar nicht sein, dann sagt dieser Mensch: Das glaube ich nicht. Ich könnte ihm nicht einmal widersprechen, denn ich würde es auch nicht glauben. So ein Fall war z. B. direkt in meiner Nachbarschaft in

Rüppurr, als damals das Sonnengrün gebaut wurde und als hier von oben widersprochen wurde, dass die Reflektion der dort eingebauten Lärmschutzwände uns in Rüppurr auf der anderen Seite treffen werden. Natürlich treffen die uns. Das sagt Ihnen jetzt jeder meiner Nachbarn. Die ganze Rastatter Straße entlang würde dann sagen: Jetzt ist es lauter geworden.

Dann stellt sich die Frage, wer hat Recht? Der, der das hört, oder der, der das vorher berechnet hat? Dann wäre eine Messung ein ganz klarer Punkt. Ich messe vorher, ich messe nachher und kann es eindeutig beweisen. Ob das jetzt in Form eines eigenen Immissionsmobils passieren muss, das wir für viel Geld beschaffen müssen, ist die eine Frage. Das könnte möglicherweise auch in Auftragsmessungen passieren. Aber dass wir uns grundsätzlich einer Messung an den Stellen, wo die Bürger sagen, hier ist es zu laut, verweigern, kann nicht sein. Dieses Argument, das hier in der Antwort steht, dass es in juristischen Auseinandersetzungen nicht anerkannt wird, weil das im Recht so nicht vorgesehen ist, nützt dem betroffenen Bürger nichts. Der betroffene Bürger will klar erkennen: Wie laut ist es? Das kann man dann systematisch wirklich messen. Da muss man sich eben die Mühe machen.

Ein Lkw, der nachts vorbei fährt, weckt Sie auf, wenn Sie entsprechend lärmempfindlich sind. Ein Schienenlärm, der alle 10 Minuten auftritt, weil ein bestimmter Takt besteht, macht Sie wach. Es ist für uns als Gemeinderäte doch auch eine wahnsinnig wichtige Information zu wissen, wo sind Leute wirklich von Lärm betroffen, auch wenn das im Durchschnitt - wenn nur alle 10 Minuten ein Zug kommt - ziemlich leise ist. Aber das eine Mal reicht schon.

Deshalb mein Plädoyer dafür, sich diesem Messen nicht zu verweigern, sondern dieses Messen auch als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber der Bürgerschaft zu verstehen. Ob wir das mobil machen oder anders, sollten wir einmal im Umweltausschuss besprechen und das jetzt nicht hier, weil nur die Kosten beantragt waren, nieder machen.

(Beifall bei der KULT)

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Mit dem Antrag konnten wir gar nicht so viel anfangen. Kosten, Einführung eines Immissionsmobils, dann kommt heraus: Es gibt bereits mobile Messeinheiten. Bei der Feinstaubproblematik wissen wir auch, dass es über einen längeren Zeitraum gehen muss. Hier würde ein Immissionsmobil auch nichts nützen, sondern hier müssten fest installierte Einheiten da sein.

Im Endeffekt können wir mit dem Antrag im Moment nicht viel anfangen und müssten das einmal in den Ausschuss nehmen.

(Beifall bei der CDU)

**Stadtrat Zeh (SPD):** Mir ist es auch als erstes aufgefallen, dass hier beantragt wurde, die Kosten zu ermitteln, dies auch getan wurde, aber dann die Verwaltung trotzdem empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Das ist vielleicht doch einen Schritt weiter gedacht, wie unsere Verwaltung ab und zu versucht, uns einen Schritt voraus zu sein.

Zunächst hatte der Antrag bei mir auch die Assoziation ausgelöst: Es wäre toll, wenn man tatsächlich so ein Auto hätte, welches mal hier, mal dort die Lärmmessung macht, die Immissionsmessung oder ähnliches. Aber der einzige Grund dagegen ist, es ist nicht gerichtsfest, nicht verwertbar. Daher muss man sich den Aufwand tatsächlich überlegen. Es werden auch teilweise neue Geräte angeschafft. Allerdings - wir im Planungsausschuss wissen das - müssen wir Lärm berechnen. Dort wird auch die Lärmkartierung entsprechend gemacht. Wir von der SPD glauben auch, dass die LUBW der vernünftige Partner ist, um solche Messungen, wenn sie notwendig sind, durchzuführen. Hier stimmen wir der Antwort der Verwaltung auch zu.

In vielen Sachen wird punktuell gemessen. Ich erinnere mich, Herr Dr. Fischer, noch daran. Im Planungsausschuss hatten wir auch einmal bei der Lärmschutzwand an der Hardtschule/Südtangente die theoretischen Messergebnisse vorher und nachher mit praktischen Messergebnissen an der Hardt- und Rheinstraße verglichen. Solche Sachen sollte man auch veröffentlichen. Ich weiß auch - ich nenne z. B. die Eckenerstraße -, dass Privatleute sich solche Messgeräte ausleihen und einmal nachmessen. Das Problem des Lärms oder das Problem der Immission ist da. Wir als Stadt müssen dann im Einzelfall überlegen: Lassen wir es bei der Berechnung oder machen wir hier einmal eine Messung.

Nicht ganz klar ist das Thema Website, das noch angesprochen wurde. Hier war der Wunsch, dass man verschiedene Messungen und Berechnungen veröffentlicht. Da könnte man sicherlich das eine oder andere noch tun. Das müssen wir sehen. Aber im Ganzen stimmen wir der Antwort der Verwaltung gerne zu. Für einen Haushaltsantrag ist es dementsprechend noch zu früh. Man sollte eher auf Partner setzen. Das meint die SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Stadträtin Lisbach (GRÜNE):** Die Verwaltung ist dem eigentlichen Antragsanliegen schon weitestgehend nachgekommen, indem sie die Kosten dargestellt hat. Das muss jetzt auch Grundlage für weitere Überlegungen sein. Für uns ist dieses Anliegen von mobilen Messstationen grundsätzlich nachvollziehbar. Wir hatten 2009 schon einmal eine ähnliche Initiative hier im Gemeinderat eingebracht. Damals war allerdings auch schon vorgesehen, dass die LUBW messen soll. Wir haben uns damals auf die Luftschadstoffe fokussiert, weil es damals stark - das ist heute auch noch Thema - um die Zusatzbelastung durch RDK 8 und auch durch die Baustellen der Kombilösung ging.

Der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger, lokale Messungen zu haben, dann auch Vergleichswerte zu haben - vorher, nachher -, ist für uns sehr wohl nachvollziehbar. Von daher denken wir schon, dass man sich mit diesem Anliegen ernsthaft auseinandersetzen muss. Aber man muss sehr klar unterscheiden zwischen der Frage Lärm und der Frage Luftschadstoffe.

Beim Lärm ist eine Ausstattung beim Umweltamt vorhanden. Das wird in der Antwort der Verwaltung ausgeführt. Da wird auch lokal gemessen. Das haben wir jetzt schon mehrere Male gehört. Da ist natürlich die Problematik da, dass man das für den Gewer-

belärm ganz gut machen kann, dass beim Verkehrslärm der Gesetzgeber nur Berechnungen anerkennt und man insofern zweigleisig fahren muss. Wenn man jetzt an Verkehrswege denkt, muss man sich auf die Berechnungen stützen, wenn wir dann irgendwelche Maßnahmen einfordern.

Insofern ist es hier eine etwas andere Fragestellung. Was möglich ist, wird auch schon ansatzweise gemacht. Sicher kann man aber auch mobile Messungen noch ergänzen, wo es Sinn macht. Die Ausstattung ist da.

Bei den Luftschadstoffen meinen wir, dass neben dem sehr ausgedünnten Netz der stationären Messung ergänzende lokale Messungen sinnvoll sind. Wir sehen aber sehr wohl ein, dass es auch sinnvoll ist, dass die Stadt es nicht in Eigenregie macht mit einer neuen Ausrüstung, die dann wieder sehr aufwändig und teuer wäre, dass es spezialisierte Büros oder optimalerweise die LUBW macht. Da ist die Argumentation der Stadtverwaltung für uns schon grundsätzlich plausibel. Allerdings müssen wir uns dann auch wirklich damit beschäftigen, wo solche Messungen durchgeführt werden und müssen auch ein bisschen Geld in die Hand nehmen, um das dann tatsächlich zu machen. Denn das ist nicht billig. Man muss auch - wie wir schon gehört haben - über einen längeren Zeitraum messen. Mit dieser Fragestellung sollten wir uns wirklich intensiv auseinandersetzen, gerade auch jetzt vor dem Hintergrund Inbetriebnahme RDK 8 und auch des Tunnelbaus, der jetzt startet und den Immissionen, die wir am Durlacher Tor haben werden. Die Kriegsstraße ist natürlich auch ein Thema, wo wir auch erhöhte Immissionen haben.

Es hatte schon einmal Vorschläge der Stadt von 2009 gegeben, wo Zusatzmessungen sinnvoll und notwendig sind. Gerade diese Diskussion würden wir sehr gerne noch einmal im Ausschuss weiterführen. Insofern stimmen wir dem Vorschlag zu, den Antrag in den Ausschuss zu verweisen und freuen uns auf die weitere Diskussion.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadtrat Wenzel (FW):** Frau Lisbach hat mir eigentlich alles vorweg genommen. Ich will aber auf zwei, drei Punkte noch eingehen. Ich bin dankbar, dass die Verwaltung die Antwort so formuliert hat und nicht nur als reines Zahlenwerk. Denn uns wird jetzt auch klar, dass bereits mobile Mess-/Lärmfahrzeuge vorhanden sind. Es sind mobile Luftschadstoffmessungen möglich. Frau Lisbach hat die Immission angesprochen, die wir beim Tunnelaushub haben, dass punktuelle Messungen durchgeführt werden können. Natürlich sollte man da Fachleute nehmen. Das ist auch ein Kostenfaktor. Deshalb bin ich mit der vorgegebenen Weise zufrieden. Ich denke, auch in Zukunft werden wir in solchen Sachen auf die Bürger zugehen müssen, die sich belästigt fühlen. Aber wenn wir dann - es wurde schon die LUBW genannt - auf Fachleute zugreifen können - wir werden diese auch brauchen, wenn es zu Streitigkeiten auf gerichtlicher Ebene geht -, sollten wir den vorgeschlagenen Weg der Verwaltung weitergehen.

**Der Vorsitzende:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Entsprechend des Vorschlags der CDU, unterstützt von den Grünen, würde ich es in Ausschuss für Umwelt und Gesundheit verweisen.

Ich möchte aber noch einmal deutlich machen: Es ist eigentlich eine Anfrage. Wie viel kostet etwas? Wir haben uns erlaubt, daraus zu schließen, dass man es anschließend beantragen will. Sie haben das bestätigt, Herr Dr. Fischer. Von daher haben wir einfach nur ein bisschen Papier sparen wollen und haben die Antwort gleich mitgeliefert. Die Interpretation, wir hätten gesagt, es lohnt sich nicht zu messen, oder es geht nicht, zu messen, sehe ich jetzt in unserer Antwort nicht. Wir stellen nur dar, dass manche Messungen am Ende letztlich vor Gericht nichts nutzen. Für manche anderen Messungen würden wir dann lieber die LUBW oder andere beauftragen bzw. unser schon vorhandenes Lärmobil einsetzen. Wir würden bitten, dass Sie im Ausschuss vor allem das klären. Zu welchen Zeitpunkten möchten Sie, dass die Stadt mit Vorschlägen zur Messung kommt? Je nachdem, um was es geht, kann man mit unterschiedlichen Techniken arbeiten. Die Stadt bleibt aber bei ihrer Ansicht, dass es sich nicht lohnt, hier ein neues Immissionsmobil für diesen Preis anzuschaffen und zu betreiben.

In diesem Sinne können wir die Diskussion dann abschließen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
3. November 2014